

Sitzungsperiode 2022-2023  
Sitzung des Ausschusses IV vom 15. März 2023

---

### FRAGESTUNDE\*

• **Frage Nr. 1260 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Besetzung des Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung**

Am 21. November 2022 verabschiedete unser Parlament das Dekret zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung.<sup>1</sup>

Eine der wesentlichen Aufgaben dieses Gremiums ist Abgabe von Gutachten und Stellungnahmen zur Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Stimmberechtigte Mitglieder des Beirats sind u.a.:

- ein Vertreter pro Vereinigung von oder für Menschen mit Beeinträchtigung,
- mindestens drei volljährige Menschen mit Beeinträchtigung oder Erziehungsberechtigte von minderjährigen Menschen mit Beeinträchtigung.

Mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder sind Menschen mit Beeinträchtigung oder Erziehungsberechtigte von minderjährigen Menschen mit Beeinträchtigung.

Dem Vernehmen nach ergingen Schreiben an verschiedene Vereinigungen, um die Besetzung dieses Beirats zu organisieren. Einiges deutet darauf hin, dass die Besetzung des Beirats eher schleppend anläuft.

Als Gründe werden angeführt, dass sich kaum Erziehungsberechtigte melden, resp. bereiterklären mitzumachen, während ehemalige Erziehungsberechtigte oder etwa Großeltern, die über Erfahrung im Behindertenbereich verfügen, durch das Dekret ausgeschlossen sind.

Hinzu kommt, dass Erziehungsberechtigte mit einem wertvollen Erfahrungsschatz, die allerdings inzwischen volljährige Kinder haben, durch das Dekret ausgeschlossen werden.

Ferner seien bei der Anwerbung der Mitglieder angeblich verschiedene Organisationen angeschrieben worden und um die Benennung von männlichen und weiblichen Vertretern gebeten worden – was allerdings durch das Dekret nicht vorgesehen ist.

Hierzu meine Fragen:

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> Vgl. PDG: Dokument 225 (2022-2023) Nr. 1-6

1. Wie ist der Stand der Dinge bei der Besetzung dieses Beirats tatsächlich?
2. Ist ggf. an eine Abänderung des Dekrets zu denken, um etwa außer den Erziehungsberechtigten von Minderjährigen auch Großeltern, Vertrauenspersonen oder Eltern von Volljährigen Kindern den Zugang zu diesem Beirat zu ermöglichen?
3. Sind tatsächlich – so wie mir zugetragen wurde – Aufforderungen an Organisationen und Vereinigungen ergangen, in denen um die Entsendung von Männern und Frauen gebeten wurde?

• **Frage Nr.1261 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Initiative "Gesundes Ostbelgien"**

Im Dezember 2017 konnte man im Grenzecho lesen, dass die DG die Initiative "Gesundes Ostbelgien" auf den Weg brachte. Ziel dieser Initiative sei es, die Netzwerkarbeit der verschiedenen Akteure (Patienten, Ärzte, Krankenhäuser und Krankenkassen) zu vertiefen und die Gesundheitsdienstleister dafür zu entschädigen, dass sie Menschen gesund halten. Jetzt in 2023 (fünf Jahre später) erfahren wir, dass die Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben das Unternehmen für Management, Analytik und Forschung im Gesundheitswesen *Optimedis AG* beauftragt hat, Gespräche mit lokalen Akteuren zu führen und statistische Daten zu analysieren, um zu ermitteln, ob und in welcher Form eine sogenannte "integrierte Versorgung" in der DG umsetzbar ist.

Die integrierte Versorgung verfolgt offenbar folgende Ziele: 1) die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung und der Versorgungsqualität, 2) einen effizienteren Ressourceneinsatz und die Erzielung von Effizienzgewinnen; 3) die Steigerung der Patientenzufriedenheit und 4) eine Steigerung der Zufriedenheit der verschiedenen Gesundheitsdienstleister.

Auf dieser Machbarkeitsstudie aufbauend soll laut Website von *Optimedis* "ein Konzept für die Gründung einer Managementgesellschaft der Integrierten Versorgung mitsamt eines initialen Business-Plans zur Umsetzung ausgearbeitet werden."

Da ich mich nicht erinnere, diesbezüglich bereits Informationen erhalten zu haben und davon ausgehend, dass die Verantwortung in Bezug auf eine solche Machbarkeitsstudie beim Gesundheitsminister liegen müsste, möchte ich Ihnen, Minister Antoniadis, folgende Fragen stellen:

1. Was kostet die Deutschsprachige Gemeinschaft eine solche Studie, die von dem Unternehmen für Management, Analytik und Forschung im Gesundheitswesen *Optimedis AG* durchgeführt wird?
2. Wie wird diese Studie zu den oben erwähnten Ziele beitragen?
3. Wer wird in welcher Form an der Umsetzung der Ergebnisse der Studie beteiligt sein?

• **Frage Nr. 1262 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Zentrum für ukrainische Flüchtlinge in Worriken: Stand der Dinge**

Im Mai 2022 wurden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft 384 ukrainische Kriegsflüchtlinge empfangen. Diese Menschen wurden in Familien untergebracht, aber auch in Unterküften des Freizeitzentrums Worriken, wo im Mai 2022 zwischen 70 und 100 Personen aufgenommen wurden. Heute, gut ein Jahr nach Beginn des Kriegs in der Ukraine, haben sich einige Ukrainer in unserer Region niedergelassen, andere sind in andere Richtungen weitergezogen und manche sind trotz des immer noch andauernden Kriegs in ihr Land zurückgekehrt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft spielt eine wichtige Rolle bei der Aufnahme dieser ukrainischen Flüchtlinge.

Im Rahmen der Anhörung der ÖSHZ am 25. Januar 2023 wurde uns erklärt, dass die ukrainischen Kriegsflüchtlinge, die in Worriken untergebracht sind, bald wegziehen müssen. Viele Privatpersonen beherbergen auch nach vielen Monaten immer noch Mitmenschen, von denen sie glaubten, dass sie nur kurze Zeit bei ihnen bleiben würden. Auch sie benötigen

Perspektiven, wie es nun mit der Untermiete weitergeht, da sie ihren Lebensraum in vielen Fällen wieder selbst benötigen.

Hierzu haben wir von der Ecolo-Fraktion folgende Fragen:

1. Wie haben sich die Zahlen der ukrainischen Kriegsflüchtlinge in den 9 Gemeinden entwickelt?
2. Welche Pläne hat die DG, wie diese Personen weiterhin unter menschenwürdigen Bedingungen leben können?
3. Welche psychosoziale Begleitung bietet die DG an, um diese Flüchtlinge zu begleiten?

• **Frage Nr. 1263 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zu Zwangseinweisungen in die Psychiatrie**

Seit vielen Jahren warnt der Krankenhausesektor die Behörden vor der allmählichen Zunahme von Zwangseinweisungen in die Psychiatrie. Am 2. März 2023 berichtete das Grenzecho, dass in Belgien im Laufe des Jahres 2021 7553 Personen zwangseingewiesen wurden. Diese Zahlen stammen aus den Zeitungen der Mediahuis-Gruppe und sind in Belgien keine Premiere. Bereits 2020, zur Zeit der Pandemie, wurde auf diese Situation in einer Stellungnahme in der Zeitschrift Le Vif hingewiesen, die von verschiedenen Ärzten aus dem Psychiatriebereich unterzeichnet wurde. In dieser Stellungnahme wird erklärt, dass es in Belgien zwei mögliche Situationen gibt, in denen eine psychiatrische Behandlung unter Zwang erfolgt. Die erste ist die Internierung. Sie betrifft Personen, die eine Straftat begangen haben, die als Delikt oder Verbrechen eingestuft wird, und die aufgrund einer psychischen Störung nicht verurteilt werden können. Sie werden daher interniert. Und dann gibt es noch die Beobachtung. Sie betrifft alle Personen, die aufgrund einer psychischen Störung ihre eigene Gesundheit und Sicherheit ernsthaft gefährden oder eine ernsthafte Bedrohung für das Leben oder die Integrität anderer darstellen.

Die Psychiaterin Kirsten Catthoor vom Ziekenhuis Netwerk Antwerpen (ZNA) erklärt, dass in Belgien wenig Toleranz für störendes Verhalten bestehe und dass Menschen häufig aus Sicherheitsgründen in die Psychiatrie "abgeschoben" würden, obwohl deren Zustand es nicht immer erfordere. Dazu erklärt Catthoor, dass es "nach wie vor einen großen Mangel an Betreuung gibt". Dies unterstreicht die soziale Dimension, die von der psychiatrischen nicht zu trennen ist.

Hierzu meine Fragen:

1. Kennen Sie die Anzahl der psychiatrischen Patienten aus der DG, die 2022 oder ggf. 2021 zwangseingewiesen wurden?
2. Wenn diese Patienten die Klinik verlassen, fallen sie für die weitere Behandlung und Begleitung in die Zuständigkeit der psychiatrischen Dienstleister in der DG. Wissend um die Wartelisten beim Beratungs- und Therapie Zentrum und beim ambulanten psychiatrischen Begleitdienst, stellen wir uns die Frage, wie diese die notwendige Begleitung überhaupt leisten können, um die von Dr. Catthoor geforderte präventive Begleitung, in diesem Fall präventiv zur Zwangseinweisung, zu gewähren. Welches sind die von ihrer Politik vorgesehenen Lösungsansätze?
3. Unseres Wissens werden die Patienten aus des DG hauptsächlich in französischsprachigen Kliniken zwangseingewiesen. Das Gleiche gilt für Internierungen. Wie steht es um die Behandlung der Deutschsprachigen, die nicht Französisch sprechen?

• **Frage Nr. 1264 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zu Änderungen des Code 207 für Asylbewerber**

Aufgrund der Überlastung der Aufnahmezentren und der großen Zahl von Asylbewerbern, die in Belgien auf der Straße leben, nahm Fedasil eine Änderung des sogenannten "Code 207" vor. Diese Änderung ermöglicht es Asylbewerbern, die in einem Asylbewerberzentrum untergebracht sind, diesen Code abzulehnen und somit das Zentrum

zu verlassen. In diesem Fall wird für diese Menschen die im Zentrum erhaltene materielle Hilfe in eine finanzielle Hilfe umgewandelt. Eine der Bedingungen für die Inanspruchnahme der Maßnahme ist ein Arbeitsvertrag von mindestens 6 Monaten, egal ob volltags oder in Teilzeit.

Es ist zu beachten, dass Personen, die den Code 207 ablehnen, im Gegensatz zum "Chèque départ", nicht mehr in ein Asylbewerberzentrum zurückkehren können, wenn sie wieder arbeitslos werden und somit keine Mittel mehr haben, um die Miete und die täglichen Ausgaben zu bezahlen. Personen, die sich in dieser Situation befinden, wenden sich daher wahrscheinlich an die ÖSHZ.

In Anbetracht dessen, dass die ÖSHZ uns dazu interpellierten, dass hier erneut viel zusätzliche Arbeit auf sie zukommen könnte in Begleitung und Vermittlung dieser Mitmenschen, stelle ich Ihnen, Herr Minister, folgende Fragen:

1. Wie viele Menschen, Asylbewerber sind in der DG davon betroffen?
2. Welche Unterstützung ist für die Sozialdienste und die ÖSHZ vorgesehen?

• **Frage Nr. 1265 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Thema Bereitschaftsdienste der Apotheken**

Ostbelgien Direkt veröffentlichte am 24.02.2023 ein mit Ihnen geführtes Interview zum Thema der Notdienste der Apotheken in der DG.

Daraus geht hervor, dass die hiesigen Apotheken neuerdings in Zusammenarbeit mit denen der frankophonen Nachbargemeinden arbeiten werden, um den Bereitschaftsdienst gewährleisten zu können.

Ohne die Zusammenarbeit mit den Apothekern der französischsprachigen Kollegen sei es sehr schwer, den Bereitschaftsdienst zu gewährleisten.

Für die ostbelgische Bevölkerung wird es natürlich problematisch, wenn zum Beispiel die allein erziehende Mutter nachts nach Verviers oder Battice fahren muss, um für ihr krankes Kind ein Medikament zu besorgen.

Ein weiteres Problem ist die sprachliche Benachteiligung, denn nicht jeder in der DG ist der französischen Sprache mächtig.

Die Situation ist zudem erstaunlich, denn die Bereitschaftsdienste der Apotheken haben jahrelang problemlos funktioniert.

Es ist uns bewusst, dass die Problematik der Apotheken nicht zu Ihren Kompetenzen gehört, dennoch sind Sie Gesundheitsminister der DG und für die Prävention zuständig.

Meine Fragen an Sie in Ihrer Funktion als Gesundheitsminister der DG, der für die Prävention zuständig ist:

1. Wie ist diese plötzliche Problematik der Bereitschaftsdienste der Apotheker zu erklären?
2. Inwieweit konnten Sie als Gesundheitsminister der DG zum Wohle des Bürgers der DG intervenieren die Organisation der Not- und Bereitschaftsdienste der Apotheken innerhalb der DG Aufrecht zu erhalten, wissend, dass dies eine föderale Materie ist, Sie als Gesundheitsminister aber oftmals eine Vermittlerrolle spielen ?

• **Frage Nr. 1266 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur Gesundheitsvorsorge in der DG**

Die Situation in der Gesundheitsvorsorge der DG scheint sich zuzuspitzen.

Mehrere Ereignisse veranlassen uns, den kommenden Monaten mit Besorgnis entgegenzusehen.

Da wäre zunächst die Organisation der Not- und Bereitschaftsdienste der Apotheken, die jetzt in Zusammenarbeit mit den frankophonen Nachbargemeinden organisiert werden.<sup>2</sup>

Ein weiterer Punkt ist der Krankentransport im Norden der DG, der ja in der letzten Kontrollsitzung schon ein Thema war, ich gehe daher heute darauf nicht weiter ein. Hinzu kommt jetzt die Tatsache, dass das Eupener Krankenhaus tatsächlich gezwungen ist, Mitarbeiter zu entlassen bzw. ihre Verträge nicht zu verlängern. Zwar handelt es sich um Stellen, die nicht direkt mit der Pflege zu tun haben, die Arbeit wird jedoch von den verbleibenden Kollegen verrichtet werden müssen und könnte zu einer Überlastung führen. Unseren Informationen zufolge wurde mit den Entlassungen schon begonnen.

Besorgnis erregend ist auch, dass manche Dienste zeitweise geschlossen werden, wie beispielsweise - aufgrund von Personalmangel, Krankheit und Urlaub - die Neurologie zwischen dem 6.2. und dem 27.2.2023.

In diesem Fall konnte anscheinend auch nicht auf die Neurologie in St.Vith zurückgegriffen werden, die ebenfalls zeitweise geschlossen war.

Wir erfuhren außerdem, dass kürzlich gleich drei Ärzte im Eupener Krankenhaus Ihre Kündigung einreichten. Es handelt sich um eine Kardiologin, eine Onkologin und eine Fachärztin der physikalischen und rehabilitativen Medizin, allesamt deutschsprachig und mit großer Wahrscheinlichkeit schwer zu ersetzen.

Meine Fragen an Sie, in Ihrer Funktion als Gesundheitsminister und Vermittler in der Krankenhauslandschaft in der DG, welcher für die Prävention zuständig ist:

1. Wurden Sie über die Entwicklung im Eupener Krankenhaus informiert?
2. Welche Mittel stehen der Regierung zur Verfügung um diesem schlechten Allgemeinzustand des Gesundheitssystems Abhilfe zu verschaffen?

• **Frage Nr. 1267 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zur Reduzierung der Biozide**

Verschiedene Medien berichteten in den letzten Tagen vom föderalen Plan einer Reduzierung der Biozide.<sup>3,4,5</sup> Diese sind zum Beispiel in Desinfektionsgel, Insekten- oder Holzschutzmitteln enthalten.

Biozide seien eine Gefahr für die Gesundheit, insbesondere von Kleinkindern und Schwangeren, so Zakia Khattabi (Ecolo), föderale Umweltministerin und Urheberin dieser Initiative.<sup>6</sup>

Der Aktionsplan der Regierung sieht unter anderem eine bessere Reglementierung des Marktes und eine Sensibilisierung der Nutzer vor.

Daraufhin hat der Ministerrat am Freitag, den 2. März 2023 das Projekt zu einem Königlichen Erlass zur Reduzierung der Biozide genehmigt.<sup>7</sup>

---

<sup>2</sup> <https://ostbelgiendirekt.be/notdienste-apotheken-dg-345109>

<sup>3</sup> Le fédéral valide la réduction des biocides \_\_Ils peuvent représenter un risque réel pour la santé\_.pdf - <https://www.levif.be/societe/sante/le-federal-valide-la-reduction-des-biocides-ils-peuvent-representer-unrisque-reel-pour-la-sante/>

<sup>4</sup> Le Conseil des ministres valide le plan fédéral de réduction des biocides - rtbf.be.pdf - <https://www.rtbef.be/article/le-conseil-des-ministres-valide-le-plan-federal-de-reduction-des-biocides-11161543>

<sup>5</sup> Le Conseil des ministres valide le plan fédéral de réduction des biocides RTL Info.pdf - <https://www.rtl.be/actu/belgique/politique/le-conseil-des-ministres-valide-le-plan-federal-de-reduction-des-biocides/2023-03-03/article/529526>

<sup>6</sup> CP Réduction des biocides Zakia Khattabi place la Belgique parmi les pays européens les plus ambitieux Zakia Khattabi.pdf - <https://khattabi.belgium.be/fr/cp-r%C3%A9duction-des-biocides-zakia-khattabiplace-la-belgique-parmi-les-pays-europ%C3%A9ens-les-plus>

<sup>7</sup> fixation-du-plan-federal-de-reduction-des-biocides\_fr.pdf - <https://news.belgium.be/fr/fixation-du-planfederal-de-reduction-des-biocides>

Nun wurden in den letzten drei Jahren Desinfektionsgels massiv in den Schulen und Kindergärten, Altenheimen, sowie im in allen Lebensbereichen eingesetzt.

In meiner Frage 64 vom 23. Juni 2020 an Herrn Minister Mollers habe ich das Thema angesprochen.

Laut einem Artikel des SWR vom 29.4.2020 warnte der wissenschaftliche Leiter des Hamburger Umwelt Instituts (HUI), Michael Braungart vor dem massiven Gebrauch von Desinfektionsmitteln.

Man habe jahrzehntelang daran gearbeitet, giftige Lösungsmittel aus Farben, Lacken und Klebstoffen herauszubekommen und nun würden Menschen Desinfektionsmittel "kanisterweise" mit ins Haus bringen und einatmen. Damit würden wir die Gesundheit mehr schädigen, statt sie zu schützen.

Isopropanol meist Bestandteil der Desinfektionsmittel zerstöre Mikroorganismen auf der Haut, trockne die Haut aus und könne Grundlage für Dermatosen und Entzündungen sein.

Von Minister Mollers erfuhren wir, dass alleine von März 2020 bis Juni 2020, 10.000 Flaschen Alcogel für insgesamt 94.380 € inkl MwSt angeschafft wurden

Meine Fragen an Sie, in Ihrer Funktion als Gesundheitsminister, der für die Prävention zuständig ist:

1. Nachdem auch die DG-Regierung sich nahezu 3 Jahre keine Gedanken zum übertriebenen Einsatz von Desinfektionsmitteln gemacht hat und diese exzessiv in allen Bereichen zum Einsatz brachte, kommt man nun zu der Erkenntnis, dass ein Aktionsplan erstellt werden muss, der eine bessere Reglementierung des Marktes und eine Sensibilisierung der Nutzer vorsieht.

Wie wird diese Sensibilisierung in der DG aussehen ?

2. Bitte beziffern Sie die angekaufte Menge an Desinfektionsmitteln in der DG, sowie die Gesamtkosten der letzten 3 Jahre.

• **Frage Nr. 1268 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum Medikamentenmangel**

In der Regel sind Krankheiten mit dem Konsum von Medikamenten verbunden, wobei viele Medikamente rezeptpflichtig und in einer Apotheke zu kaufen sind.

Doch leider häufen sich die Fälle, in denen Medikamente nicht ausgehändigt werden können, weil die Apotheken schlicht und einfach nicht beliefert werden. Diese Entwicklung ist belgienweit spürbar - und das schon seit längerer Zeit, wobei sich das Problem in den letzten Jahren deutlich verschärft.<sup>8</sup>

Der belgische Apothekerverband fordert derweil, dass die Arzneimittel den Verbraucher erreichen müssen und nicht über Umwege in andere Länder verkauft werden – ein Umstand, den die Föderalagentur für Arzneimittel übrigens genauso sieht.

Auch in Ostbelgien klagen sowohl Verbraucher als auch Apotheken über Medikamentenmangel.<sup>9</sup>

Hierzu meine Fragen:

1. In welchem Umfang thematisiert die Verbraucherschutzzentrale das Thema Medikamentenmangel und sensibilisiert die Bevölkerung?

2. In welcher Weise hat sich die interministerielle Konferenz während und nach der Corona-Krise mit diesem Thema auseinandergesetzt?

---

<sup>8</sup> 1 MOORS, Eline: Geneesmiddeltekorten in de openbare apotheek; Faculteit Farmaceutische, Biomedische en Diergeneeskundige Wetenschappen, Univ. Antwerpen, Antwerpen 2015

<sup>9</sup> <https://brf.be/regional/1316749/>  
<https://ostbelgiendirekt.be/medikamente-werden-knapp-237317>